



Geplantes Gesetz zum Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln: Freie Apothekerschaft setzt sich für

Von Pressemitteilung

Erstellt am 20 Mär 2017 - 08:14

Herxheim, im März 2017 - Die Freie Apothekerschaft setzt sich für den Erhalt der Apotheken vor Ort ein. Es bedarf der Aufklärung über die Standpunkte der unterschiedlichen Parteien vor den Landtagswahlen und der Bundestagswahl. Deshalb startet die Freie Apothekerschaft vor den Wahlen im Saarland (26. März), in Schleswig-Holstein (7. Mai), in Nordrhein-Westfalen (14. Mai) und vor der Bundestagswahl (24. September) eine Flyer- und Plakatkampagne, die jede Apotheke nutzen kann.

„Wenn eine ausländische Versandapotheke den CDU- und CSU-Abgeordneten über ihre Kunden Postkarten zukommen lässt mit dem Inhalt, das geplante Gesetz zum Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln nicht weiter zu forcieren, dann mag das ein Marketing-Gag sein, um in irgendeiner Form in die Tageszeitungen zu kommen. Dass sich Abgeordnete davon beeinflussen lassen, kann sich wohl kaum jemand vorstellen“, so Dr. Helma Gröschel, Vorsitzende der Freien Apothekerschaft. „Wir gehen lieber einen anderen Weg.“

„Aufklärung in der Bevölkerung über die Standpunkte der Parteien zu diesem äußerst wichtigen Thema ist dringend nötig“, erklärt Gröschel. „Es geht um den Erhalt der Apotheken vor Ort, um 150.000 Arbeitsplätze, von denen in erster Linie Frauen profitieren, um eine weiterhin flächendeckende Versorgung und um eine Gewährleistung des Notdienstes“. Hier stehen Gewinnmaximierung auf der Seite der ausländischen Versandapotheken, die von Konzernen mit Sitz in der Schweiz und Saudi-Arabien finanziert werden, gegenüber inhabergeführten, persönlich haftenden und streng regulierten deutschen Apotheken. Sie sind gesetzlich dem Gemeinwohl verpflichtet mit Notdiensten, dem Einsatz von studiertem Fachpersonal in der Beratung der Patienten, einem gesetzlich vorgeschriebenen Vorrätighalten von teuren Notfalldepots und Pandemie-Produkten.

„Wenn die SPD, die FDP und die Grünen die augenblickliche Konstellation als „Wettbewerb“ bezeichnen, dann haben diese Parteien seit dem 19. Oktober 2016 ihre Hausaufgaben nicht gemacht“, kritisiert Gröschel. „Man muss davon ausgehen, dass vielen Parlamentariern dieser Parteien die Tragweite des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (Rechtssache C 148/15) nicht klar ist.“ Das Gesetz bezieht sich nicht nur auf deutsche Apotheken, sondern könnte auch für viele andere Leistungserbringer des deutschen Gesundheitswesens den finanziellen Ruin bedeuten, die Ärzteschaft eingeschlossen.

„Letztendlich geht es um die Zerschlagung eines funktionierenden Systems“ konstatiert Gröschel und fordert: „Die Politik muss sofort handeln!“

Weiterführende Links:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-10/cp160113...> [1]

<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2016/11/21/fdp-ch...> [2]

<http://www.spdfraktion.de/presse/statements/versandhandel-verbot-rezeptp...> [3]

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/gesundheit/probleme-der-arzneimit...> [4]



- [Gesundheit und Vorsorge](#)

Quellen URL (aufgerufen am 31 Dez 2020 - 05:42): <http://www.medkom24.eu/node/22211>

Links:

[1] <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-10/cp160113de.pdf>

[2] <https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2016/11/21/fdp-chef-lindner-will-keinen-naturschutz-fuer-apotheken>

[3] <http://www.spdfraktion.de/presse/statements/versandhandel-verbot-rezeptpflichtige-arzneimittel-waere-schnellschuss>

[4] <https://www.gruene-bundestag.de/themen/gesundheit/probleme-der-arzneimittelversorgung-09-12-2016/seite-6-der-versandhaendler-neues-verguetungssystem-fuer-apotheken.html>